



(Foto: hugin1 - Fotolia.com)

03.11.2022

Energie: Viele Betriebe geben steigende Kosten an Kunden weiter

Die hohen Energiepreise setzen die regionale Wirtschaft stark unter Druck und befeuern die Inflation. Das zeigt eine aktuelle Umfrage der Industrie- und Handelskammer Trier, an der sich mehr als hundert Unternehmen beteiligt haben. Für 77 Prozent der Betriebe stellen die Energiepreise ein zentrales Risiko für ihre Geschäftsentwicklung dar.

„Lediglich 13 Prozent der Befragten sehen sich nur wenig von der Kostenexplosion bei Strom, Gas und Kraftstoffen betroffen. Alle anderen müssen auf die eine oder andere Art damit umgehen. Am häufigsten, nämlich von 64 Prozent aller Unternehmen, werden Kostensteigerungen zum Großteil an die Kunden weitergeben“, sagt IHK-Chefvolkswirt Matthias Schmitt.

55 Prozent der Betriebe versuchen die Preissteigerungen durch Investitionen in Energieeffizienzmaßnahmen abzumildern und ein knappes Viertel weicht – zumindest teilweise – auf andere Energieträger aus, wobei nach Einschätzung der IHK hierbei der Ersatz von Gas eine wichtige Rolle spielen dürfte. „Insbesondere in der Industrie ist der Brennstoffwechsel ein zentrales Thema, um Gas zu sparen. Beim Fuel Switch gibt es seit Mitte Oktober weitere bürokratische Erleichterungen, über die wir in einem aktuellen Merkblatt ([Link: /p/fuel-switch-7-23583.html](/p/fuel-switch-7-23583.html)) informieren“, erläutert IHK-Hauptgeschäftsführer Jan Glockauer.

„Sorgen bereitet uns, dass aufgrund der hohen Energiepreise 8 Prozent der Befragten ihre Produktion beziehungsweise ihre Angebote einschränken müssen und 3 Prozent Produktionsverlagerungen ins Auge gefasst haben. Hier droht langfristig regionale Wertschöpfung verloren zu gehen“, befürchtet Matthias Schmitt.

Müssten Firmen ihre Produktion sogar einstellen, wenn die Gasspeicher nicht ausreichen und seitens der Behörden Lieferungen an Unternehmen gedrosselt würden? Diese Frage hat die IHK der Industrie gestellt. Rund ein Drittel der antwortenden Betriebe aus dem verarbeitenden Gewerbe benötigt kein Gas, ein weiteres Viertel gibt an, notfalls vollständig auf Gas verzichten zu können. 3 Prozent kämen jedoch bereits mit einer Lieferdrosselung um 10 Prozent nicht mehr klar, bei 16 Prozent wäre dies ab einem Viertel weniger Gas der Fall und bei weiteren 16 Prozent bei einer Halbierung der Lieferungen.

„Damit es gar nicht erst nicht zu einer Gasmangellage mit Produktionsstopps kommt, muss das Energieangebot weiter ausgebaut und die Nachfrage durch konsequente Sparanstrengungen gesenkt werden. Aber auch die hohen Strompreise sind ein gravierendes Problem. Die derzeit diskutierte Preisbremse von 40 Cent je Kilowattstunde ist für viele Gewerbebetriebe zu hoch angesetzt. Wir brauchen eine stärkere Kostenentlastung für KMU an dieser Stelle“, betont Jan Glockauer.

ANSPRECHPARTNER



Standortpolitik

DR. MATTHIAS SCHMITT

Tel.: (06 51) 97 77-9 01

Fax: (06 51) 97 77-5 05

schmitt@trier.ihk.de